

Zeitschrift: Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik
Herausgeber: Verein für wirtschaftshistorische Studien
Band: 18 (1967)

Artikel: Achilles Bischoff (1797-1867)
Autor: Frei, Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1091100>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ACHILLES BISCHOFF

(1797–1867)

Die ersten Basler Nationalratswahlen

Am 19. Oktober 1848 fanden in Basel die ersten Wahlen in den Nationalrat statt. Erst zehn Tage vorher war der Wahlkampf entbrannt, und zwar ein ziemlich heftiger. Der wohlbekannte Dr. Karl Brenner und der erst 1848 hervorgetretene Achilles Bischoff standen sich gegenüber. Oberst Brenner war ein aktiver, stets für die radikale Sache kämpfender Politiker. Schon während Jahren war er für die Errichtung des schweizerischen Einheitsstaates eingetreten, der Nationalratssitz wäre die Krönung seiner Laufbahn gewesen. Der Kleine Rat, der Vorläufer des heutigen Regierungsrates, blieb ihm nämlich verschlossen, waren doch im damals noch sehr konservativ denkenden Stadtkanton die Radikalen die Oppositionspartei. Sein Gegenkandidat, Achilles Bischoff, hatte für seine Überzeugung weniger einstehen müssen. Er war keiner der Führer der Konservativen, die wie die Inner-schweizer der vergangenen Standesherrlichkeit nachtrauerten. Er gehörte vielmehr zu jener kleinen Anzahl «wohldenkender, redlicher und einsichtsvoller Bürger», welche 1846 eine Revision der Kantonsverfassung eingeleitet hatten, weil es Not tue, «daß durch gründliche Heilung der bestehenden Gebrechen die Gemüther beruhigt und das verlorene gegenseitige Zutrauen der Bürgerschaft unter sich und zu der öffentlichen Behörde wieder gewonnen werde». Achilles Bischoff war zwar einer der Initianten, nicht aber der Wortführer dieser später «*Juste Milieu*» genannten Partei. Auch im Verfassungsrat trat er kaum hervor, wurde aber 1847 dennoch in den Kleinen Rat gewählt, allerdings erst im letzten Wahlgang. Für die neue Schweiz hatte Bischoff nicht wie sein Gegner Brenner gekämpft, er stand ihr aber positiv gegenüber. Schon 1845, als der erste Bahnhof auf Schweizer Gebiet eingeweiht worden war, hatte er unter dem Jubel der Festteilnehmer einen Toast auf die zukünftigen «schweizerischen Eisenbahnen» ausgebracht und bei der Diskussion der Bundesverfassung vor dem Großen

Rat erklärt, man müsse alles «unter einem höheren Standpunkt als dem kantonalen» betrachten.

Wie kam es aber nun, daß am 19. Oktober dieser Mann siegte, dessen «ächt eidgenössischer Sinn» immer wieder herausgestrichen werden mußte? Eine freie Denkart, einen unerschrockenen Mut, eine offene Sprache billigte jedermann auch Dr. Brenner zu. Im Wahlkampf wurden aber nicht nur solch politische Gesichtspunkte hervorgehoben. Wenn es hieß, es fehle der Sämänn, das Feld sei ausgerodet und zur Aussaat bereit, dann meinte man offenbar in Basel, nach Bern gehöre nicht ein bloßer Politiker, der zudem noch «mit Freischärlern verbunden» sei, sondern ein Fachmann. Anscheinend galt Bischoff als solcher, wurde ihm doch stolz nachgerühmt, er habe es erreicht, daß in Basel für Kaffee oder für ein Briefporto weniger als andernorts bezahlt werde. Der Lokalpatriotismus ging sogar so weit, daß jemand schrieb: «Einen solchen Mann haben wir, der für Post- und Zollwesen unter den 111 Nationalräten ziemlich weit oben sitzen wird. Basel kann und soll ein Gewicht und einen Einfluß in diesen Fragen haben». Wir bezweifeln, ob der Gedankengang, der einköpfigen Basler Vertretung im Nationalrat durch die Wahl einer dominierenden Persönlichkeit mehr Gewicht zu geben,

(7568) Es ist dem Unterzeichneten durch die Mehrheit der Bürger und schweizerischen Einwohner des Kantons Basel-Stadt die Auszeichnung zu Theil geworden, als ihr Vertreter in den Nationalrath gewählt zu werden.

Indem er dem an ihn ergangenen Rufe Folge leisten wird, fühlt er sich verpflichtet seinen Wählern für das in ihn gelegte Zutrauen zu danken.

Er verkennet keineswegs die Wichtigkeit der ihm gestellten Aufgabe; er ist sich bewußt, daß er bei den Berathungen der Angelegenheiten, zu welchen er berufen ist, sich auf einen allgemeinen schweizerischen Standpunkt zu erheben hat.

So schwer es ihm auch gefallen ist, wohlgemeinte und unverbiente Lobeserhebungen stillschweigend über sich ergehen zu lassen, so wird er ebenfalls mit Gelassenheit den Tadel zu ertragen wissen; er weiß, daß man in Republiken der Deffentlichkeit verfallen ist; — hingegen wünscht und erwartet er im Interesse unsers Gemeinwohles, daß auch bei abweichenden Meinungsverschiedenheiten man sich von gegenseitigen Verdächtigungen entfernt halten möchte, welche bekanntlich niemals zum Guten geführt haben.

Achilles Bischoff.

Achilles Bischoff dankt seinen Wählern für die Wahl in den Nationalrat
(Tagblatt der Stadt Basel, 20. Oktober 1848).

allgemein verbreitet gewesen ist. Diese Überlegung wurde damals allerdings immer wieder aufgenommen, doch müssen auch andere Gesichtspunkte mitgespielt haben. Die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ behauptete z. B., den Baslern «sei kein gewöhnliches Menschenkind recht, sondern es muß entweder ein geborener oder ein gemachter Herr sein». Achilles Bischoff war sowohl das eine wie das andere.

Sein Herkommen und seine berufliche Laufbahn

Der Erste seines Geschlechts, der in Basel urkundlich nachweisbar ist, war ein im 16. Jahrhundert wohl aus Schlettstadt im Elsaß zugewanderter Buchdrucker. Seine Nachkommen spielten hier bald eine große Rolle, doch gerade der Vater unseres Achilles wird überall als der «vielgeprüfte Handelsmann» Achilles Bischoff-Ritter geschildert. Nicht nur geschäftlich hatte er offenbar wenig Glück, sondern auch die Frau und drei seiner vier Kinder gingen ihm im Tod voraus. Schon 1807, als der am 27. Januar 1795 geborene Achilles erst zwölfjährig war, starb seine Gattin. Das war vielleicht einer der Gründe, weshalb sein Sohn neben den Basler Schulen auch eine *Neuenburger* Erziehungsanstalt besuchte. Andererseits gehörte ein solcher Aufenthalt üblicherweise zur Laufbahn eines Basler Kaufmanns. Das ist er nämlich geworden, wie sein erster Paß für eine Geschäftsreise ins Elsaß zeigt. Dann soll er in *Livorno* gewesen sein; die nächsten uns erhaltenen Briefe sprechen für 1820 aber von *Mailand*. Dort arbeitete er für die im Basler Elternhaus untergebrachte Tuchhandlung Johann Jakob Bischoffs des Ältern, war aber zugleich mit Cesare Descamps liiert. Beide erlitten bei der Faillite italienischer Häuser schwere Verluste, deshalb war Achilles in Oberitalien stets unterwegs und konnte mit Geschäftsreisen nach Wien und Böhmen (Iglau) noch vieles retten.

In den nächsten 15 Jahren entwickelte er sich zu jenem Herrn, von dem bei seinen Nachfahren noch heute erzählt wird, er habe alles erreicht, was er wollte. Daß er in *Como* gelebt haben muß, läßt sich belegen, doch ist unklar, in welcher Stelle er an der Tuchfabrik *San Martino* beteiligt war, die der bereits erwähnte Johann Jakob Bischoff 1830–1836 mit 290 Männern und 206 Frauen betrieb (Wochenlohn pro Person 20 Lire). Doch auch in *Mailand* und *Bergamo* muß er zeitweise tätig gewesen sein.

Wie weit der Einfluß seiner zwei Frauen ging, ist bis jetzt ungeklärt. Darf z. B. aus der Mütze, die Achilles auf dem ältesten erhaltenen Porträt

trägt, geschlossen werden, er habe zum revolutionären Kreis der Stiefkinder aus seiner ersten Ehe mit Baronessa Bellerio, ehemals *Maria Sopransi*, gehört? Diese waren etwas jünger als er und mußten 1821 wegen Umtrieben gegen die Österreicher, denen damals Oberitalien unterstand, fliehen. Carlo rettete sich nach Deutschland, lebte aber seit 1851 als Gymnasiallehrer in der Schweiz (Zürich und Locarno). Giulietta hingegen kam zuerst nach St. Gallen, dann nach Montpellier. Nach dem Tode ihres Gatten stand sie dem ewigen Revolutionär *Mazzini* sehr nahe und war in alle italienischen Aufstände verwickelt, erhielt deshalb auch 1831 Zwangsresidenz am Comersee und 1852 Kerker in Mailand zudiktiert. Die Mutter dieser Revolutionäre gebar Achilles noch zwei Kinder, 1824 *Salome Sara* und 1827 *Achilles*, den späteren Schweizer Konsul in Sydney. 1830 verschied sie, und Bischoff ging bald eine Bindung mit einer andern Witwe ein, nämlich mit *Carlotta Balabio* verwitwete Ceriani. Hier sind nicht die Kinder aus erster Ehe, sondern Carlottas Vater interessant. Dieser *Carlo Balabio*, Sohn einer reichen Bankiersfamilie, war unter Napoleon ein berühmter Kavallerie-General geworden. Die österreichische Herrschaft erschien ihm als eine Unterdrückung eines freien Italien, deshalb lehnte er es ab, in ihre Dienste zu treten. Er starb verarmt im gleichen Jahr, als sich seine Tochter mit Bischoff verheiratete. Achilles Bischoff finden wir samt seinem 1835 geborenen Sohn *Conrad Fritz* seit 1838 wieder in Basel, doch seine Frau verschied 1840 in Como.

In seiner Vaterstadt Basel galt Achilles Bischoff als reicher Mann, von dessen «Talenten, insbesondere für Finanz- und kommerzielle Fragen» man zu profitieren suchte. So gehörte er zum Verwaltungsrat der «*Adler des Oberrheins*». Diese Dampfschiffsgesellschaft, an der auch Philippe Suchard beteiligt war, suchte eine elsässische Konkurrenzfirma auszustechen, indem sie sich mit initiativen Männern am Mittelrhein zusamm tat. Achilles Bischoff fand die Mannheimer zwar «günstig gestimmt», doch hatte er vorerst so wenig Erfolg wie Speiser in Köln. Um einen besseren Fahrdienst Basel–Straßburg zu gewährleisten, beauftragte man Bischoff, bei Cavé ein zweites Schiff zu bestellen. Dieser Auftrag brachte ihm viel Ärger und Schreibarbeit, denn das Schiff wurde sehr verspätet und erst noch in schlechter Qualität geliefert. Als die Deutschen dann endlich ins Geschäft einstiegen, war Achilles für die Geschicke der «*Adler des Oberrheins*» nicht mehr verantwortlich, mußte sich also an der schon ein Jahr vorher vorausgesehenen Liquidation nicht mehr beteiligen. Erfolgreicher waren er und

Speiser mit der 1843 gegründeten «Giro- und Depositenbank», 1845 in «*Bank in Basel*» umgetauft. Wiederum wirkte er in der Vorsteherschaft mit, meist als Censor, jeden Herbst als Vizepräsident. Seine Verdienste sind nicht genau eruierbar, doch war er es zum Beispiel, der das Bankgebäude kaufte oder mit seinem Privatvermögen für das *eidgenössische Finanzdepartement* in Bern mithaftete, als sich dieses dort Fr. 300 000.— entlehnte. Wenn man auch noch an sein Wirken für die Basler Post und für die Heranführung der französischen und badischen Eisenbahnen nach Basel denkt, wovon später die Rede sein soll, so bewahrheitete sich also die Meinung der ‚Neuen Zürcher Zeitung‘, daß die Basler einen «geborenen oder gemachten Herrn» gewählt hatten.

Sein Wirken in Bern: die Ablösung der Kantonalzölle

Achilles Bischoff machte nun in Bern seine Sache so gut, daß die ‚Neue Zürcher Zeitung‘, die den Baslern sonst gar nicht gewogen war, 1851 schrieb: «Es ist wahr, die Basler haben in neuester Zeit eine eidgenössische Rolle gespielt, die auf mehr Anerkennung Anspruch macht». Damit kann nur Achilles Bischoff oder Ständerat Stehlin gemeint sein, sonst war der Halbkanton ja durch niemanden vertreten. Sogar die politischen Gegner aus der eigenen Stadt verzichteten bei den nächsten Nationalratswahlen auf die Aufstellung eines Gegenkandidaten, da «Hr. Achilles Bischoff die Interessen unseres Kantonstheiles nach Kräften gewahrt... ja selbst in politischen Fragen, z. B. in der Freiburgersache, mit den Radikalen gestimmt» hat. Sie durften ihn aber nicht immer zu den Ihren zählen, stand er doch auch im anderen Lager, wenn er es für richtig erachtete. So lehnte er z. B. mit den Konservativen die Aufhebung der Militärkapitulationen ab und stimmte wie sie für die Streichung der Sonderbundsschuld.

Diese allgemeine Anerkennung eines unabhängigen Politikers, in welcher Rolle er sich auch selber sah (siehe seine Wahladresse), ist um so erstaunlicher, als Achilles Bischoff im Ratsplenum kaum hervorgetreten ist. Er erschien meist eine Woche oder mehr, einmal sogar einen ganzen Monat, zu spät zur Session und meldete sich kaum zum Wort. Und wenn er endlich sprach, so konnte er die Kollegen nur mit nackten Tatsachen überzeugen oder mit einem Witz gewinnen, ein großer Redner war er nicht. Ferner war es nicht seine Art, mit vielen Vorstößen von sich reden zu machen. Stellte er aber bisweilen einen Antrag, dann nur im Verein mit

anderen Kollegen. Daß er als Kaufmann auf die schnelle Erledigung des *Zollgesetzes* und der *Eisenbahnfrage* drängte, ist nicht weiter erstaunlich; daß er aber damals schon die Einführung einer eidgenössischen zentralen Strafrechtspflege forderte (erst 1942 verwirklicht), zeigt seinen Weitblick für andere als nur Wirtschaftsfragen.

Hinter den Kulissen muß er sehr viel aktiver gewesen sein. Aus Briefen wissen wir z. B., daß er die Drucklegung eines Kommissionsberichtes vorantrieb, um ihn «als Gegengift» verteilen zu können. Gegner warfen ihm sogar vor, in den Ratssaal eine Zeitung geschmuggelt zu haben, deren Enthüllungen die Diskussion wesentlich beeinflussten. Darum wandte sich 1850 Bundesrat Munzinger auch an ihn, als er den Einsender unbequemer Artikel in der ‚NZZ‘ zu ermitteln suchte. Das alles erklärt die Anerkennung nicht, die Bischoff fast überall gefunden hat. Es würde ihn eher zu einer grauen Eminenz, einem Drahtzieher hinter den Kulissen, stempeln. Sicher machte er hie und da seinen Einfluß auch auf diese Weise geltend. Sein eidgenössisches Ansehen schuf er sich aber als einer der «gewandtesten Unterhändler» der Schweiz.

Dies bewies er erstmals vom Sommer 1849 bis in den Frühling 1850, als er von einem Büro im Erlacherhof zu Bern aus die Zollablösung mit fast allen Kantonen (ausgenommen Solothurn und Basel-Land) erledigte. Daß die *Binnenzölle* innerhalb der Schweiz *aufgehoben* werden sollten, war nämlich eine der Bestimmungen der neuen Bundesverfassung. Bischoff gehörte nun zu jenen Leuten, die schon in den Jahren, als noch die Tagsatzung regierte und 1838–1840 keine Lösung fand, für die Aufhebung der Zölle an jeder Kantonsgrenze eingetreten waren. Er zählte also ganz bestimmt zu jenen Nationalräten, welche die nötigen Sachkenntnisse für dieses heikle Problem mitbrachten. 1847 hatte er zwar an der Aarauer Zollkonferenz einmal eine andere Meinung vertreten. Als offizieller Beauftragter der Basler Regierung war er nämlich an der Aufhebung der Weggelder nicht interessiert, da sein Kanton zwischen der nahen Landesgrenze und der Stadtmauer gar keine erhob. Auch mit den niedrigen Zollansätzen ging Basel einen andern Weg als die übrigen Kantone, da es seinen Marktverkehr mit dem französischen Elsaß und dem badischen Markgräflerland möglichst wenig behindern wollte. Als dann im Februar 1848 die neue Bundesregierung, um überhaupt einmal Grundlagen zu besitzen, von jedem Kanton eine Liste der Zolleinnahmen der letzten Jahre verlangte, da waren es in Basel Carl Geigy und Achilles Bischoff, welche diese Unterlagen beschafften. Am 6. Dezember



Achilles Bischoff

Achilles Bischoff
1797-1867

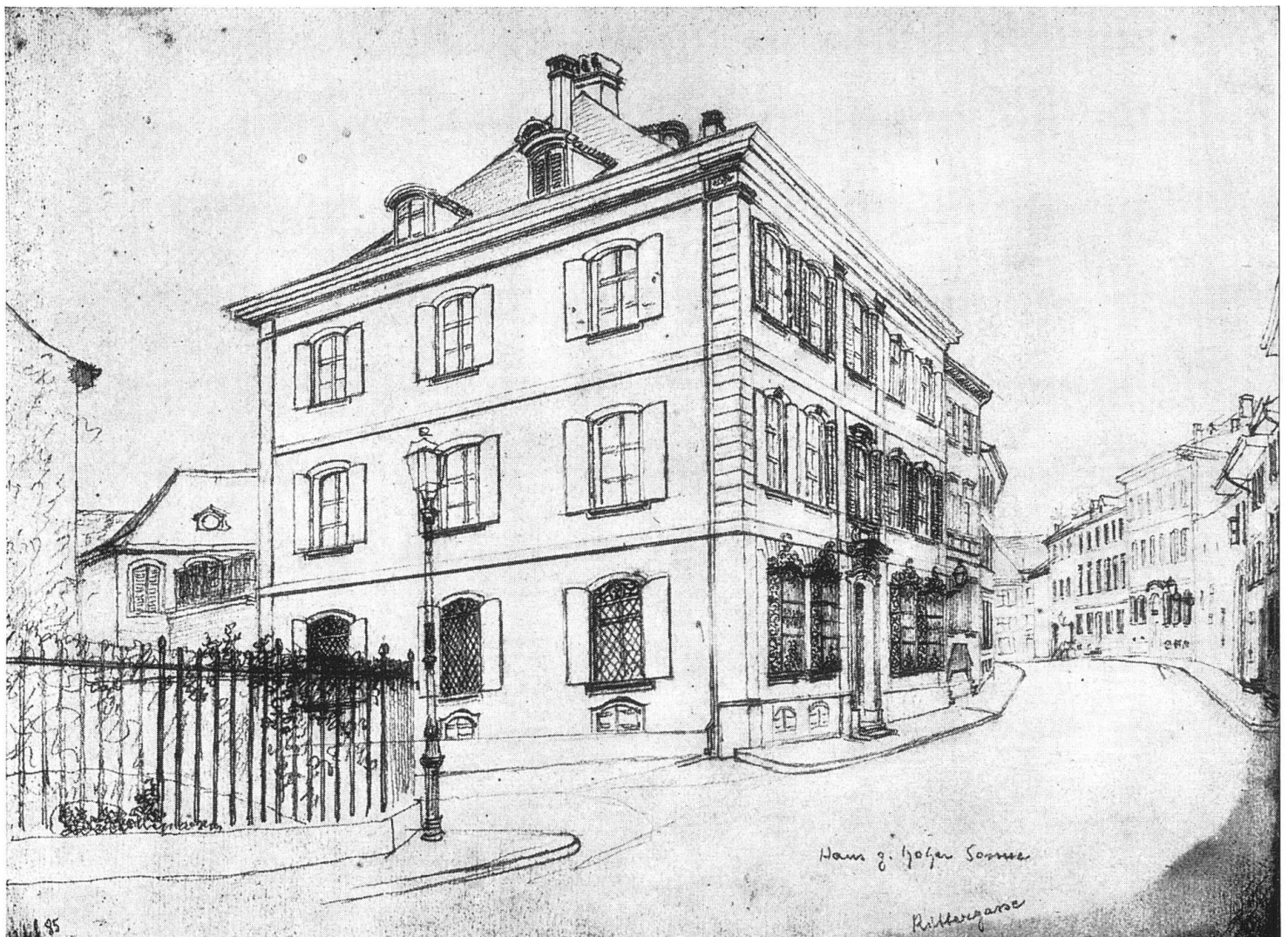


Achilles Bischoff zur Zeit seines
Aufenthaltes in Italien.



Bischoffs erste Frau, Maria Sopransi,
verwitwete Bellerio.

Das Haus «Zur hohen Sonne» an der Rittergasse in Basel, zeitweiliger Wohnsitz Bischoffs.





Zeitgenössische Ansicht von Como. Die Fabrik von San Martino, die von Bischoffs Onkel betrieben wurde, liegt am rechten Bildrand.



Carlotta Balabio, verwitwete Ceriani, die zweite Frau Achilles Bischoffs.



PASSE-PORT.

NOUS BOURGUEMAITRE ET CONSEIL
DU CANTON DE BASLE EN SUISSE,
prions tous Officiers civils et militaires, de laisser sûrement
passer et repasser à *Achilles Bischoff*
Négociant à Bourgeois de la ville de Bâle

Âgé de *vingt-cinq* ans, taille de *cinq* pieds
six pouces, *deux* lignes, cheveux *et* sourcils *bruns*
yeux *bruns* nez *et* bouche *reglée* menton *net*
front *couvert* visage *ovale*

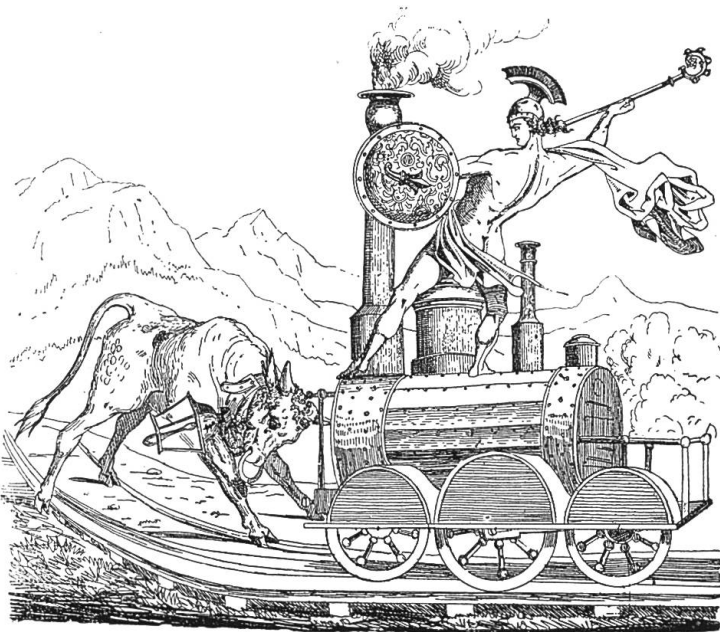
Allant aux *Départements du Haut & Bas*
Rhin pour des affaires relatives à son commerce

De *Bâle* sous notre Secau ordinaire le *3^e Septembre 1817*
Le Secrétaire d'Etat,
Braun



Achilles Bischoffs Reisepaß für eine Geschäftsreise ins Elsaß vom Jahr 1817 (verkleinert).

Das Porträt mit Zigarre wurde von A. Mende für ein größeres Gemälde gezeichnet. Nach damaliger Sitte hielt Bischoff die Zigarre an einer Art Pinzette.



Uristier contra Gotthardbahn – «Achilles bringt den Urnern eine Eisenbahn» – betitelt sich diese Karikatur aus dem ‚Postheiri‘ von 1852. Der Uristier trägt als Glocke eine jener Basler Straßenlaternen, die man nach Einführung der Gasbeleuchtung den Altdorfern verkaufte. Achilles (gemeint ist Achilles Bischoff) auf einer Lokomotive im Kostüm des gleichnamigen griechischen Helden, angetan mit heraldischen Emblemen Basels.

Bern am 3^{ten} Aug.st 1852.

Mein verehrtester Herr Speiser!

Ungeachtet aller Bemühungen und schlechten Mittel welche der Dictator von Zürich in Bewegung setzt, um die Genehmigung des Staatsvertrages mit Baden über Weiterführung der Eisenbahn über schweizerische Gebietstheile zu hintertreiben, so will mir scheinen, daß unsre Actien nicht schlecht stehen —. Die Bundesräthe Munzinger, Furrer, Näff, u. Frey werden auch dafür eintreten, u. sobald die Posieux Berathung vorüber ist, gedenke ich die westlichen u. Central Kantone durch die Führer derselben bei mir zu versammeln, u. ihnen die Wichtigkeit ihres Votum's beziehungsweise Hand Aufhebung auseinanderzusetzen, u. sie einigermaßen in's Gelübd zu nehmen für die Genehmigung zu stimmen.

Wie lebhaft sich die Diskussion um die Führung der Eisenbahnlinien entwickelte, geht aus diesem Brief Bischoffs an J.J. Speiser hervor. Unter dem «Dictator von Zürich» ist niemand anders als Alfred Escher zu verstehen.

Der Wortlaut:

Bern am 3^{ten} Aug.st 1852.

Mein verehrtester Herr Speiser!

Ungeachtet aller Bemühungen und schlechten Mittel welche der Dictator von Zürich in Bewegung setzt, um die Genehmigung des Staatsvertrages mit Baden über Weiterführung der Eisenbahn über schweizerische Gebietstheile zu hintertreiben, so will mir scheinen, daß unsre Actien nicht schlecht stehen —. Die Bundesräthe Munzinger, Furrer, Näff, u. Frey werden auch dafür eintreten, u. sobald die Posieux Berathung vorüber ist, gedenke ich die westlichen u. Central Kantone durch die Führer derselben bei mir zu versammeln, u. ihnen die Wichtigkeit ihres Votum's beziehungsweise Hand Aufhebung auseinanderzusetzen, u. sie einigermaßen in's Gelübd zu nehmen für die Genehmigung zu stimmen.

Mittheilung des Herrn Achilles Bischoff über die Absicht mit dem eidgen. Finanz-
Departement in Bern.

In Folge der Schritte welche der Bankdirektor auf die Weigerung des Herrn
Bischoff zu St. Alban für die Vorschläge des Finanz-Departements in betreff der
Hinterlage anzunehmen — gethan hat und nachheriger Besprechung des Herrn Achilles Bischoff mit Herrn Ehinger & Co und Bischoff zu
St. Alban, sowie des Bankdirektors mit Hn. J. Riggenbach, erklären sich folgende Personen bereit
die Bürgschaft der Bank gegenüber zu übernehmen für die Vorschüsse
bis auf SF 400,000 welche dem eidgen. Finanz-Departement leisten
wird, nach den Bedingungen der festzusetzenden Kontrakten

Herr Ehinger & Co.	$\frac{1}{3}$ oder	133,333.33
" Bischoff zu St. Alban	$\frac{1}{3}$ "	133,333.33
" Achilles Bischoff	$\frac{1}{6}$ "	66,666.67
" Joh. Riggenbach	$\frac{1}{6}$ "	66,666.67

Ein denkwürdiger Ausschnitt aus dem Protokollbuch der «Bank in Basel» von 1849. Das Eidgenössische Finanzdepartement verfügte über zu wenig flüssige Mittel und wandte sich an die Bank in Basel wegen eines Darlehens von 400 000 Franken. Die Bank gewährte es, verlangte aber Bürgschaft durch vier Privatbankiers.

Der Wortlaut: Mittheilung des Herrn Achilles Bischoff über das Geschäft mit dem Eidgen. Finanz-Departement in Bern.

In Folge der Schritte welche der Bankdirektor auf die Weigerung des Herrn Bischoff zu St. Alban für die Vorschläge des Finanz-Departements in betreff der Hinterlage anzunehmen — gethan hat und nachheriger Besprechung des Herrn Achilles Bischoff mit Herrn Ehinger & Co und Bischoff zu St. Alban, sowie des Bankdirektors mit Hn. J. Riggenbach, erklären sich folgende Personen bereit die Bürgschaft der Bank gegenüber zu übernehmen für die Vorschüsse bis auf SF 400,000 welche diese Letztere dem Eidg. Finanz-Departement leisten wird, nach den Bedingungen der festzusetzenden Kontrakten

Herr Ehinger & Co.	$\frac{1}{3}$ oder	133,333.33
" Bischoff zu St. Alban	$\frac{1}{3}$ "	133,333.33
" Achilles Bischoff	$\frac{1}{6}$ "	66,666.67
" Joh. Riggenbach	$\frac{1}{6}$ "	66,666.67

Rechts: Ein Brief des Bundesrates an Nationalrat Achilles Bischoff wegen der Zollverhandlungen mit dem Großherzogtum Baden.

Bern, den 19^{ten} October 1852.



Der schweizerische Bundesrath

an

Seinen Nationalrath A. Bischoff, Basel, d. J. in Bern.

Selbstverständig! Herr!

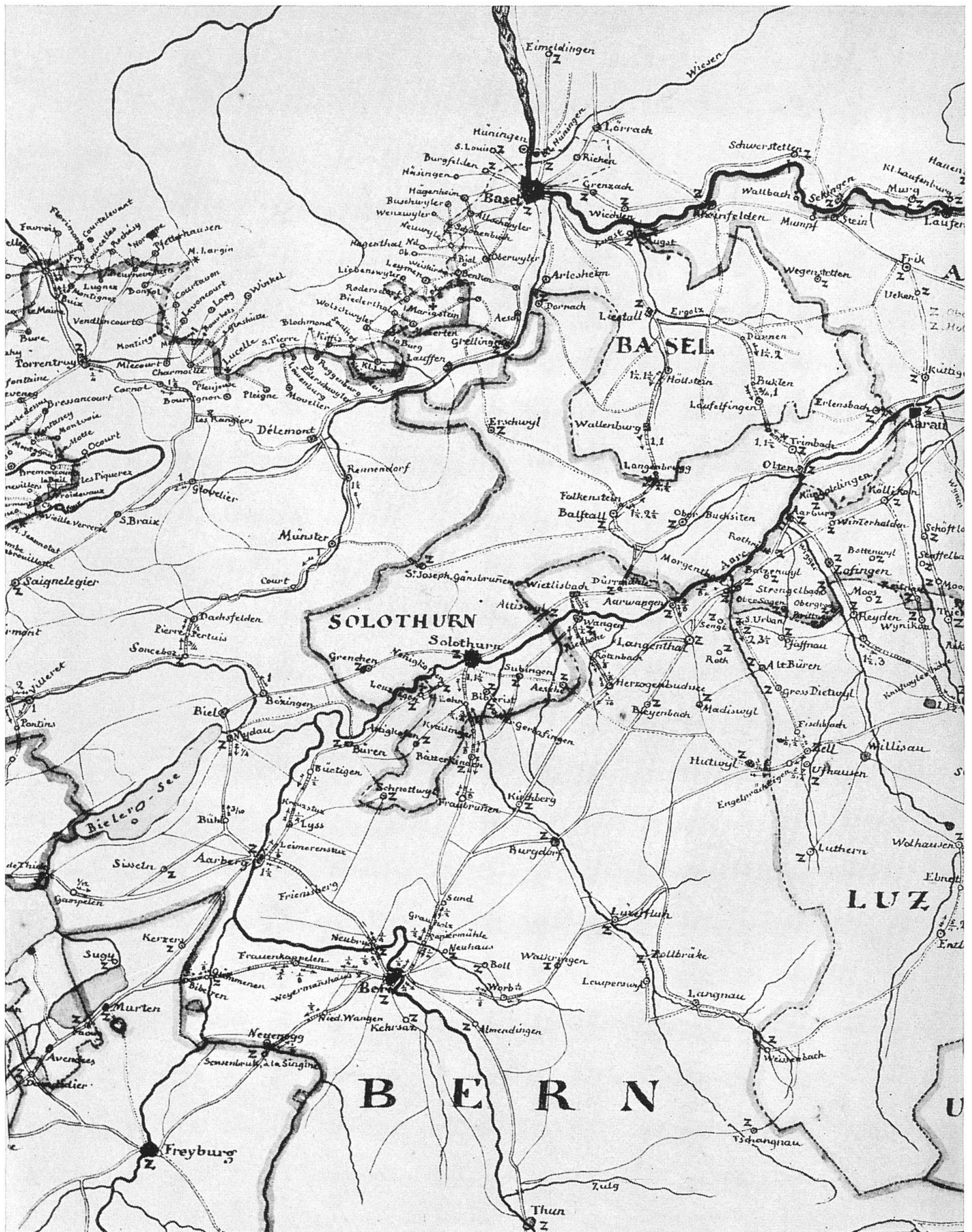
Am 23. Aug. wurden Sie eingeladen, sich mit Herrn von Borchheim über die Form der Ratificationen der mit Baden abgelaufenen Verträge zu verständigen und die Ausfertigung der Ratificationen zu bezeichnen. Am 2. Sept. meldeten Sie, dass von der badischen Gesandtschaft vorgeschlagene Form mit der Bemerkung, der Fiskus werde nicht zustimmen, zurückgekehrt worden. Der Fiskus des Bundes, welcher nicht mehr von dieser Angelegenheit aufzukommen hat, so werden Sie damit ein befriedigendes Resultat erzielt, was Fiskus in dieser Angelegenheit gefasst sei und ob und welche Hindernisse der Ausfertigung der Ratificationen entgegengebracht seien. Wir bringen diesen Verlauf, um Sie, V. B., in Kenntniss zu setzen, dass die Angelegenheit zu erledigen.

Ihre Kammer des schweiz. Bundesraths,
Der Bundespräsident:

Drs. J. J. J.

Der Kanzler des Eidgenössischen:

J. J. J.



Ausschnitt aus einer Straßenkarte der Schweiz mit allen Zollstellen (Z). Bis 1848 besaßen die Kantone die Zollhoheit und erhoben an der Kantonsgrenze, aber auch an Brücken, Stadttoren und anderen Orten, Zölle und Weggelder für jedes Zugtier und jeden Zentner Ware. Mit diesen Einkünften wurde der Unterhalt der Verkehrswege finanziert.

1848 wurde dann der letztere in die bundesrätliche Zollkommission gewählt, die den neuen Tarif ausarbeiten mußte. Man suchte die Zollansätze so festzulegen, daß ihr Ertrag sicher genüge, um die Kantone für die ihnen nun entgehenden Binnenzölle zu entschädigen. Wollte man niedrige Zölle erreichen, so mußte diese Entschädigungssumme möglichst klein sein.

Diese Einzelfrage wurde Achilles Bischoffs Spezialgebiet, denn nur zehn Kantone kamen bei der Generallinie, vier Batzen pro Kopf der Bevölkerung zu zahlen, gut weg. St. Gallen erhob Anspruch auf den doppelten, Graubünden und Basel gar auf den zehnfachen Betrag der nach diesem Ansatz berechneten Entschädigungssumme. Bischoff begann seine Unterhandlungen mit dem ziemlich hochnäsigen Befehl an die Kantonsregierungen, ihre «Angaben wären gehörig zu belegen». Dieselben kontrollierte er nun äußerst genau und belehrte z. B. die Bündner, über Fr. 100 000.— ihrer Zollforderungen seien widerrechtlich erhobene Abgaben, die Tagsatzung habe sie nie bewilligt. Andere Kantone, z. B. diejenigen am Gotthard, wies er an, den sog. Schneebruch (Abgabe für die Schneeräumung im Winter) auszuklammern. Bei diesem Vorgehen stieß er kaum auf großen Widerstand; der begann erst, als er gewisse Abgaben gar nicht als Zölle, sondern als verkappte Verbrauchssteuern erklärte. Alles wurde nämlich noch dadurch erschwert, daß die Bundesversammlung verlangte, nicht nur Transitzölle, sondern auch Brücken- und Weggelder müßten abgeschafft werden. Den erbittertesten Widerstand leisteten ihm bei diesen Verhandlungen die Berner, welche schon 1844 alle Binnenzölle aufgehoben hatten. Da ihre damaligen Kosten im Ausweis über den Zollertrag natürlich nicht mehr erschienen, verlangten sie, der Bund müsse ihnen nachträglich noch Ersatz leisten. Zudem hatte der Staat Bern gewisse Brückengelder vertraglich zugesichert, bis der Bau abgezahlt sei (Nydeggbücke). Diesen Einwänden etwas Rücksicht tragend, ging Bischoff statt der errechneten Fr. 163 000.— auf Fr. 170 000.—. Ferner war er bereit, für die genannte Brücke noch Fr. 10 000.— dazuzuschlagen. Da er aber Bern einen Rabatt von 10 % zugunsten der Eidgenossenschaft abforderte, war das ganze Entgegenkommen im Grunde illusorisch. Berns Vorschlag von Fr. 178 220.— lehnte nun Bischoff seinerseits ab, womit die Verhandlungen am 26. August 1849 gescheitert schienen. Bischoff konnte lange lamentieren: «Bern wird doch nicht allein» nicht unterzeichnen. Doch erst bei der nächsten Nationalratssession gegen Jahresende kam es zu neuen Besprechungen. Stämpfli war ein noch zäherer Gegenspieler und rettete seinem Stand Fr. 175 000.—. Damit war das ganze Werk abgeschlossen. Am

17. April 1850 genehmigte der Nationalrat die einzelnen Verträge mit allen Kantonen «in Bausch und Bogen». Im Ratssaal wurde Bischoff, so erscheint es wenigstens in den Zeitungen, überhaupt nicht erwähnt, nur der Bundesrat sprach ihm in einem persönlichen Schreiben seinen Dank aus. Er hatte der Eidgenossenschaft mit seinem zähen Verhandeln fast eine halbe Million Franken erspart (1,7 Mio Franken statt 2,19 Mio Franken). Das scheint uns heute eine lächerliche Summe, die kaum aller Mühe wert war, doch dürfen wir nicht vergessen, daß 1851 der Bund noch mit 7,2 Mio Franken Einnahmen und 7,06 Mio Franken Ausgaben im Jahr rechnete.

In seinem Kampf gegen den Zollltarif war Bischoff nicht so glücklich, denn seine Vorschläge fanden beim Nationalrat wenig Anklang. Dieser war in seiner Mehrheit zwar ebenso freihändlerisch gestimmt wie Bischoff, doch folgte er ihm bei seinen Tarifansätzen nicht. 1849 fand der Rat, Zolleinnahmen von 3,19 Mio Franken genügten absolut, der Bundesrat visiere mit 3,76 Mio Franken viel zu hoch. Bischoffs und Dr. Schneiders Vermittlungsvorschlag von 3,34 Mio Franken wurde abgelehnt. Warum sollte das Volk mehr belastet werden, wenn das Defizit der Bundeskasse, so sah es wenigstens die Verfassung vor, mit Kantonalbeiträgen gedeckt werden konnte?

Zwei Jahre später fand ein weiterer Vorschlag Bischoffs ebenfalls keine Gnade. Er wollte die sieben Klassen des ersten Zollltarifs von 1849 dadurch vereinfachen, daß er die Waren der billigsten und diejenigen der teuersten Klassen den mittleren Kategorien zuwies. Eine ähnliche Reduktion auf vier Klassen hatte auch die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ vorgeschlagen, doch war sie ganz anders vorgegangen. Das reizte nun die Basler zu heftigen Angriffen; Escher schlug aber im Ratsplenum so geschickt zurück, daß das ‚Intelligenzblatt der Stadt Basel‘ am 29. Juli 1851 resigniert feststellte: «Heute sind die Streiter endlich müde geworden. Bischoff und Peyer gaben die Hoffnung auf den Sieg auf, nachdem der junge Athenienser (Escher) in stündiger Rede ihren Freund (Hoffmann) mit Zahlen und anderen Beweisen vernichtet hatte». Die Schlußabstimmung fand erst Ende August 1851 statt, denn National- und Ständerat waren sich nicht einig, wieviel Schutz den Seifensiedern und den jurassischen Eisengruben durch Schutzzölle gewährt werden sollte. Bischoff konnte den Rat dazu bewegen, den Ausfuhr-Eisenzoll auf 30 Rp., denjenigen für Einfuhr auf Fr. 1.75 zu belassen und nicht auf 75 Rp. bzw. Fr. 2.— per Last zu erhöhen.

Es ist nicht ganz klar, ob hinter diesen Vorschlägen Bischoffs freihändlerische Ideen oder bloß die Überlegungen des bundesrätlichen Beauftragten

in der Retorsionsangelegenheit stecken. In diesem Streit ging es um Zollvergünstigungen, welche die Staaten des deutschen Zollvereins 1836 der Schweiz gewährt, bei der schweizerischen Zollvereinheitlichung nun aber wieder aufgehoben hatten. Bischoff und Peyer reisten im Juni 1851 nach Karlsruhe, kehrten aber erfolglos zurück. Der Grund war sicher nicht, wie anfänglich vorgeschützt wurde, die Steifheit der Deutschen oder die «zu kavalierische Behandlungsart des einen Schweizer Delegierten», womit wohl Bischoff gemeint ist. Später sickerte dann durch, daß die einen Deutschen ihre Verluste auf 60 000 Gulden, andere aber auf 804 000 Gulden schätzten. Doch auch diese Diskrepanz scheint nicht der eigentliche Grund des Abbruches der Verhandlungen gewesen zu sein, sondern die Weigerung der Deutschen, der Schweiz die «zollfreie Ausfuhr von Getreide unter allen Umständen» zuzugestehen. Bischoff muß darauf beharrt haben, doch seine Verhandlungspartner waren dazu nicht bereit, besonders dann nicht, als sie von den neuen Eisenzöllen der Schweiz hörten.

Es ist nun begreiflich, wenn wir auf die Zolltarifverhandlungen in Bern zurückblicken, daß Bischoff beim Eisen um einen tieferen Ansatz kämpfte, um den Deutschen dieses Argument zu nehmen. Für die gleiche Annahme spricht ferner sein Verhalten gegenüber dem Vorschlag des Bundesrates vom 13. August 1851, auf die Deutschen einen Druck auszuüben, indem man einseitig die Eingangszölle erhöhe. Bischoff und die Mehrheit der Nationalrats-Kommission lehnten diese sog. Retorsion ab, Escher befürwortete sie. Die ‚Basler Zeitung‘ unterschob dem Zürcher, wie schon bei der Zolltarif-Diskussion, es gehe ihm nur darum, dem Bund mehr Geldmittel für eine eidgenössische Universität in Zürich zu verschaffen. Am 11. August 1852, ein Jahr später, waren die Gemüter beruhigter. In einer Geheimsitzung beschlossen die Räte, keine Repressalien gegen den deutschen Zollverein zu ergreifen, sondern, wie es Bischoff gefordert hatte, weiter zu verhandeln.

Achilles Bischoff als Unterhändler der Schweiz im Ausland

Was Achilles Bischoff in Karlsruhe genau erreichen wollte, ist nicht überliefert. Doch werden seine Gedankengänge deutbar, wenn man die Korrespondenz zu seinem zweiten großen Werk im Dienste der neuen Eidgenossenschaft studiert. Er unterzeichnete am 7. Juni 1851 mit Sardinien-Piemont den ersten Handelsvertrag des Bundesstaates.

Die im Bundesarchiv liegenden acht Briefe aus Turin enthalten zwar, wie er in seinem ersten Bericht selbst schreibt, manches «Geplapper», das man in einer Korrespondenz mit dem Bundesrat nicht erwartet. Da erfahren wir z. B., von Basel über Genf bis Turin sei er nie ins Bett gekommen, ferner sei es im Piemont 28 Grad warm und es habe eine Illumination zu Ehren der Geburt eines fünften Prinzen stattgefunden. Mehr mit den Verhandlungen hat sicher die Bemerkung zu tun, er sei darüber entzückt, daß ihm seine Exzellenz, der Handelsminister, die Hand gegeben habe und die Aufwartung beim Premierminister Cavour gut vorübergegangen sei. Vor der Heimreise erscheint ihm dann allerdings ein «dîner diplomatique» beim gleichen Cavour als eine lästige Pflicht (er bezeichnet sie als eine «grande corvée»). Viel spannender ist es, anhand der Briefe zu verfolgen, vor welcher neuen Probleme sich Bischoff jeden Tag gestellt sah.

Zuerst hatte er mit der Empfindlichkeit des Schweizer Geschäftsträgers in Turin zu rechnen. Doch bald konnte er den Bundesrat beruhigen, Herr Muret habe eingesehen, «daß er allein nichts zustande gebracht hätte». Die Verhandlungen nahmen nämlich eine Wendung, welche den damaligen Prinzipien der schweizerischen Außenhandelspolitik widersprach. Es war zwar allen klar, daß man Gegenleistungen erbringen mußte, wenn man die gleichen Ermäßigungen erreichen wollte, die Sardinien-Piemont in früheren Verträgen schon Belgien, England und Frankreich zugestanden hatte. Bischoff erklärte sich deshalb bereit, für 2000 hl Wein aus dem Chablais und dem Faucigny zollfreie Einfuhr zu gewähren. Der Graf von Castelfoglio, der andere Vertragsunterhändler, drückte die Zahl auf 5000 hl hinauf. Doch nicht genug damit, nun sollten für Reis und Kastanien, schließlich auch für Südfrüchte und Tafelöl Zollermäßigungen gewährt werden. Achilles Bischoff sah dabei, weil unsere Tarifansätze nicht als Kampfposten gedacht waren, den Ausweg nur darin, daß die sardinisch-piemontesische Regierung in Turin ihrerseits gewisse Zollsätze ermäßigte. Die Textilindustrie sollte von Reduktionen bei Baumwoll- und Seidenmanufakturwaren, die Landwirtschaft beim Käse profitieren. Aus diesen Konzessionen, schrieb er am 5. Juli, habe er die «Kabinettsfrage gemacht, weil die Hartnäckigkeit, mir auch nur das mindeste zu gestatten, zu weit ging». Er war sich absolut darüber im klaren, hier in der Bundesversammlung auf Widerstand zu stoßen. Darum zählte er dem Bundesrat auf, welche Kantone von diesen Bestimmungen profitieren würden. Er drängte auf Unterzeichnung, selbst «auf die Gefahr hin, desavouiert zu werden», damit man doch

der Bundesversammlung sagen könne, «wir hatten alles mögliche gemacht». Als die Italiener besondere Transitzölle verlangten, um die jenseits des Montblanc liegende Provinz Savoyen auch über das Wallis versorgen zu können, willigte Bischoff ein und erhandelte dafür die Zusicherung, in Zeiten der Teuerung werde kein Ausfuhrverbot für Lebensmittel nach der Schweiz erlassen. Damit schien der Vertrag unter Dach, doch nun traten erst die schwerwiegenden Komplikationen auf.

Bischoff hatte schon am Anfang den Eindruck gehabt, Cavour wolle auf Kosten der Schweiz «in der Kammer gut Wetter machen». Darum kam es ihm gar nicht gelegen, daß die Befürworter sowohl der Grimsel- als auch diejenigen der Lukmanier-Bahn ihre Projekte dem Ministerpräsidenten vorlegten. Bischoff wollte nicht Stellung nehmen und vermied jede Andeutung, italienischerseits aber suchte man immer mehr Details festzulegen und sprach bereits von Zinsgarantien, Trasse-Arbeiten, usw. Daß im Art. 8 des Vertrages die Schweiz verspricht, «das Möglichste dazu beizutragen, daß eine Eisenbahn aus Sardinien durch die Schweiz nach den deutschen Bahnen zu Stande kommen könne», war das Äußerste, was sich Bischoff abringen ließ. Dank dieser vorsichtigen Formulierung war vorläufig der heikle Entscheid über die zu wählende Trasse umgangen. Bischoff hatte etwas nachgegeben, weil eine noch größere Schwierigkeit drohte. «Begehrlichkeiten... der savoyischen Abgeordneten» hatten Cavour so aufgebracht, daß er auch noch über die Aufhebung der im Wiener Vertrag festgelegten Zonen um Genf verhandeln wollte. Das allerdings wäre eine Frage gewesen, die den Rahmen eines Handelsvertrages gesprengt hätte. «Es gelang mir, ihn davon abstehen zu machen», schrieb Bischoff am Tag vor seiner Abreise, «und darum habe ich die zwölf Artikel... unterzeichnet und bereue es heute weniger als vorgestern, da ich sehe, daß mit Zuwarten nichts gewonnen, sondern die Schwierigkeiten sich gegenseitig gemehrt hätten». Bischoff hatte nämlich inzwischen erfahren, auch in der Schweiz rege sich Widerstand der Unzufriedenen gegen seinen Vertrag. Er schlug darum dem Bundesrat sogar vor, wegen der «aufhetzenden Artikel der ‚Revue‘» des Genfer Regierungspräsidenten Fazy den Berner ‚Bund‘ zu veranlassen, die gegen-
teilige Meinung zu vertreten.

Und wirklich, die Bundesversammlung ratifizierte den Vertrag gar nicht anstandslos. Vor allem die Waadtländer wetterten gegen die zollfreie Einfuhr der 5000 hl Wein, den sie als sauer und minderwertig bezeichneten. Regierungsrat Blanchenay behauptete sogar, die Waadt werde sich mit

Gewalt der Durchführung des Vertrages widersetzen. Druet wollte ihn darum nur teilweise ratifizieren. Der Haupteinwand richtete sich aber nicht, wie man es aus der Turiner Sicht heraus hätte erwarten können, gegen die Einführung verschiedener Zollansätze für die gleiche Ware, je nachdem, ob sie aus Sardinien-Piemont oder einem andern Land eingeführt wurde. Er galt vielmehr dem heute selbstverständlich erscheinenden Artikel 1, wonach für Handelsleute die gegenseitige freie Niederlassung zugesichert wurde. Die Waadtländer befürchteten die Einwanderung «savoyischen Gesindels», andere gar durch diese Hintertür eine solche von Jesuiten. Zudem tangierte diese Bestimmung, wie es sich 1866 beim französischen Handelsvertrag nochmals zeigen sollte, die Verfassung gewisser Kantone, welche den Juden die freie Niederlassung noch verweigerten. Bundesrat Frey-Herosé stellte sich hinter seinen Unterhändler und bezeichnete diesen Paragraphen als Propaganda für die Freiheit. Als Bischoff angegriffen wurde, gerade Basel sei in dieser Hinsicht nicht sehr großzügig gewesen, erwiderte er unter dem Beifall des ganzen Hauses, «ja, (das stimme) es sei das zu einer Zeit geschehen, da Basel zum Sonderbund gehörte, allein es habe den neuen Bund freiwillig angenommen und sei bereit, sich einem Vertrag anzuschließen, der (auch) allen Zollvereins-Angehörigen freie Niederlassung gewähre, wenn dagegen Handelsvorteile geboten würden». Der Berner ‚Bund‘ gab dieser Bemerkung mehr Gewicht als dem ganzen Turiner Vertragswerk, denn Bischoff habe es verstanden, «so die Herzen der Räte für Basel zu gewinnen, wie es wohl noch keinem Vertreter für seine Wählerschaft gelungen ist».

Dieser Satz zeigt, daß Bischoff nicht nur als umsichtig beim Verhandeln galt, sondern auch der staatspolitischen Aufgabe gewachsen war, all das vergessen zu machen, was Basel von den siegreichen Freisinnigen seit der Zeit der Freischarenzüge her getrennt hatte. Aber nicht nur der Kanton gewann durch ihn seine Stellung im Konzert der 25 Kantone wieder, sondern er selbst wurde immer mehr zu einem Vertrauten der neuen Bundesregierung. Natürlich ist es eher eine persönliche Floskel, wenn ihm der erste Bundespräsident schreibt, er bedauere es unendlich, daß Bischoff wegen seiner Abwesenheit «kein Kurzweil beim Diplomatendinner» habe. Viel aufschlußreicher zeigt sich Bischoffs beratende Stellung in einem Satz Bundesrat Näf: «Wissen Sie mir keinen Postdirektor für Basel?» Sogar in der Bundesversammlung gehörte er nun zu den Beachteten. Ein großer Redner war er zwar immer noch nicht, aber es war doch schon so weit, daß

man ein Traktandum verschieben wollte, wenn er, der zuständige Mann, fehlte.

Solche Details veranschaulichen, daß sich Bischoff in Bern unentbehrlich zu machen wußte. «Im Vertrauen auf Ihre Geschäftsgewandtheit und Vaterlandsliebe», so drückte sich der Bundesrat einmal aus, wurde er in heute vergessenen, damals aber wichtig genommenen Verhandlungen mit dem Ausland eingesetzt. Er konnte sich lange sträuben, er habe «die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiete nicht», man betraute ihn dennoch mit heiklen Missionen. Schon erwähnt haben wir die Retorsionsverhandlungen mit dem deutsch-österreichischen Zollverein in Karlsruhe, wohin Bischoff von Turin aus eilen mußte. Der Bundesrat wollte ihn dann gleich nach Berlin weiterschicken, wo er seinen Freund La Roche bei Verhandlungen über Postverträge ablösen sollte. Zum Abschluß gelangten diese aber erst im April 1852 in Lindau am Bodensee.

Es ist nun äußerst interessant, die verschiedene Berichterstattung der beiden Delegierten an den Bundesrat miteinander zu vergleichen. Bischoff schreibt von einer «überaus günstigen Stimmung» und tröstet, als das Resultat nicht ganz den Erwartungen entspricht, den Bundesrat mit dem Satz: «Neben wohlfeilen Porti für das Publikum bekommen wir jedenfalls eine Vereinfachung in den Portosätzen». Grob, der Postdirektor von St. Gallen, von Bischoff als «wahre Perle für mich» beurteilt, ist von den gleichen Verhandlungen eher enttäuscht. Österreich habe ursprünglich eine Einheitssteuer für das ganze Land gewünscht. Uns scheint das heute selbstverständlich, doch die andern Vertragspartner, nämlich die bayrische, die württembergische, die badische und die den deutschen Norden vertretende Thurn- und Taxis'sche Postverwaltung wichen von ihrem Schema nicht ab, das vier Entfernungszonen vorsah (wie es z. B. heute noch beim Telefon auf die Distanz ankommt). Grob paßte ferner nicht, daß die Verträge mit den einzelnen Staaten nur bei Österreich in Aussicht nahmen, die Post nach Frankreich durch die Schweiz zu leiten.

Mit seiner eher großzügigen Sicht war nun Bischoff vielleicht nicht unbedingt der geeignete Partner, um mit Baden ins reine zu kommen. «Der bekannte schleppende Gang der Verhandlungen» in Karlsruhe reizte ihn sehr. In Turin wollte er mit Recht die Pässe verlangen und abreisen, als ihm Vertragsbedingungen unzumutbar erschienen; nun hatte er sich mit «Spitzfindigkeiten», die ihm «nachgerade anfangen nebelhaft zu werden», herumzuschlagen. So mußten z. B. die Verhandlungen unterbrochen wer-

den, weil die badische Regierung ohne den abwesenden Prinzregenten nicht antworten wollte oder ein anderes Mal eine Titulatur im Vertragstext beanstandete, die der Berner Schreiber falsch eingesetzt hatte. Andererseits wollte Bischoff zwei Geschäfte miteinander verknüpfen, welche die Badenser lieber getrennt behandelt hätten. In Bern stellte man nämlich fest, daß Baden seine Staatsbahn von Haltingen bei Basel bis zum Bodensee weiterführen wollte, einen gemeinschaftlich badisch-schweizerischen Betrieb aber ablehnte, obwohl diese Bahn bei Basel und Schaffhausen über Schweizer Territorium führen sollte. Zu diesem Plan bot die Eidgenossenschaft aber nur unter der Bedingung Hand, daß Baden seinerseits in die Aufhebung aller Rheinzölle einwilligte. Aus den Verhandlungen im Nationalrat geht aus den Zeitungsberichten ferner eindeutig hervor, daß es in der Schweiz Gegenden gab, wo man andere als die von Bischoff erreichten Vertragsklauseln lieber gesehen hätte. Er behauptete aber in seiner Gegenrede: «Und wenn ich dem jenseitigen Kommissär das Messer an den Hals gesetzt hätte, es wäre nicht mehr zu erreichen gewesen... Die Schweiz leistet nichts, als daß sie ihr Territorium (für die Bahnlinie) leiht». Er schloß mit den Worten: «Sie können schon daraus entnehmen, wie vorteilhaft der Vertrag für die Schweiz ist, wenn ich Ihnen sage, daß Baden von nun an auf den Bezug von jährlich zusammen 31 000 Gulden verzichtet», womit die Rheinzölle gemeint waren. Er hatte dennoch alle jene nicht überzeugt, die behaupteten, er habe nur für Basel, nicht aber für die Ostschweiz gesorgt. Der Vertrag legte nämlich nur für den Bau der Bahn bis Basel Termine fest, die Weiterführung nach Waldshut wurde nicht genauer geregelt. Bischoff fragte Nationalrat Hoffmann ironisch, was er zu 10 Millionen gesagt hätte, die Badenser wären sicher zu Versprechungen bereit gewesen, wenn die Schweiz dieses Geld geopfert hätte. Mit dieser Bemerkung traf Bischoff aber indirekt ganz andere Leute; er meinte jene Zürcher, welche den Anschluß ans Ausland in Waldshut und nicht in Basel herstellen wollten. Bischoff aber gehörte ins andere Lager, das die Linie Basel–Olten als Stammlinie des schweizerischen Eisenbahnnetzes vorsah. «Wenn ich allein zu befehlen hätte, so würde ich gleich morgen oder noch heute beschließen, die Bahn von Basel nach Olten–Zürich mit Abzweigung nach Luzern und Solothurn in Angriff zu nehmen», war seine ehrliche Meinung in einem Brief an den Bundesrat.

Bischoffs Verdienste um die Centralbahn

Schon über ein Jahr war die Diskussion im Gange, von wem und wo in der Schweiz Eisenbahnen gebaut werden sollten. Bischoff gehörte natürlich der vorbereitenden Kommission ebenfalls an, war er es doch gewesen, der bereits 1844 bei der Einweihung des ersten Bahnhofs auf Schweizer Boden prophetisch von «Schweizer Bahnen» gesprochen hatte. Wir haben ferner gesehen, daß er stets das Gemeinwohl über die Kantonsinteressen zu stellen suchte. Darum sah er offenbar im Eisenbahnbau durch die Eidgenossenschaft, und nicht in einem solchen durch Kantone oder Private, das Gegebene, denn nach der ersten Sitzungsserie von April 1851 wollte die Diskussion über die Routen nicht mehr abbrechen. Einerseits ging es darum, ob Rorschach via Frauenfeld–Romanshorn oder via Wil–St. Gallen erreicht werde, andererseits stritt man sich, ob Bern von der Mittellandlinie berührt oder nur mit einer Nebenlinie vom Jurafuß nach Thun bedient werden sollte. Die Kommission fiel aber nicht über dieser Frage, sondern über derjenigen der Finanzierung auseinander. Bischoff gehörte zur Mehrheit, am 8. Juli 1852 siegte aber im Nationalrat die Minderheit, unter welcher den Rat so beherrschende Männer wie Escher von Zürich oder der redegewaltige Kern aus dem Thurgau hervorstachen. Komischerweise mußten diese beiden ihre Talente vor dem Plenum gar nicht spielen lassen, es gab überhaupt keine Diskussion, man stimmte einfach sofort ab. Nicht dem Bund und den Kantonen, wie Bischoff wollte, sondern «den Kantonen beziehungsweise der Privattätigkeit... wurde der Bau und der Betrieb der Eisenbahnen überlassen». Wir erleben heute beim Nationalstraßenbau die gleichen Probleme wieder und können ermessen, welcher Belastung die Bundesfinanzen ausgesetzt gewesen wären, wenn man anders entschieden hätte.

Bischoff war bei dieser wegweisenden Abstimmung in Bern gar nicht dabei, voll aktiv wurde er erst wieder, als es für Basel zu retten galt, was noch zu retten war. Nun konnte und mußte Achilles Bischoff alle seine Talente spielen lassen, denn diesmal arbeitete er nicht wie früher mit den Zürchern, sondern gegen sie. 1838–1840 war er der einzige Basler gewesen, der überhaupt längere Zeit in den Komitee-Sitzungen der Basler-Zürcher-Eisenbahngesellschaft erschien. Nun war die Situation eine ganz andere: Zürich war nicht mehr auf Basel angewiesen. Einerseits war Escher, von Achilles Bischoff als «Dictator von Zürich» bezeichnet, in Verhandlungen mit den Neuenburgern; es zeichnete sich also eine große Transversale Paris–

Dijon–Neuenburg–Zürich ab. Andererseits hätte sich diesem Strang in Turgi–Baden die Fortsetzung der badischen Bahn via Waldshut angeschlossen, alles Linienzüge, die logischerweise im Lukmanier endeten. Wollte Basel seine Verkehrsstellung am Gotthard retten, so mußte möglichst schnell gehandelt werden.

Geht man dem Anteil Achilles Bischoffs an diesen Bestrebungen nach, so zeigt sich deutlich, daß er zwar auch in der Öffentlichkeit in Erscheinung trat, daß sein Hauptwirken aber hinter den Kulissen zu suchen ist. Er gehörte dem Verwaltungsrat der in Basel gegründeten schweizerischen Centralbahn an, war sogar dessen Vizepräsident, obschon er nicht zu den zwanzig Herren gehörte, die am 5. August 1852 in der Lesegesellschaft die Notwendigkeit einer solchen Vereinigung bejaht hatten. Er war in jenen Tagen an der Session in Bern und dirigierte alles durch Briefe: «Lassen Sie die Versammlung morgen stattfinden; ich möchte noch weiter gehen und Sie ersuchen, im Laufe dieser Woche in der ‚Basler Zeitung‘ einen ganz kleinen Artikel erscheinen zu lassen, worin deutlich gesagt wird, daß wir von Basel aus den Hauenstein übersteigen wollen, und keineswegs wie es uns von unseren lieben Miteidgenossen angedichtet wird, die Eisenbahn innert die Mauern der Stadt Basel bannen wollen, sondern daß wir in Basel unsere Zeit begreifen und namentlich im Interesse der ganzen Schweiz dahin wirken wollen, daß nicht nur einzelne Landestheile unseres Vaterlandes in Verbindung mit dem Auslande zum Schaden von $\frac{7}{8}$ seiner übrigen Bewohner gesetzt werden sollen». Am 8. August meldete er dann: «Ich weiß nicht wie viele andere mehr, drückten mir ihre große Zufriedenheit aus, den folgenden Tag ließ ich das ‚Intelligenzblatt‘ vom Donnerstag und Freitag bei den Gutgesinnten circuliren, nebst der ‚Basler Zeitung‘». Ja, er handelte sogar so eigenmächtig, Basler Ratsherren zu bedeuten, was man von der Regierung erwarte, nämlich «daß... die Regierung wenigstens für eine Million Franken Actien unterzeichnen und auf die Verzinsung derselben verzichten werde, solange die andern Actionäre nicht wenigstens 3 % Dividende erhalten hätten». Damit nicht genug, er entwarf auch die Liste jener Persönlichkeiten aus andern Kantonen, welche zur offiziellen Gründungsversammlung vom 27. August eingeladen werden sollten. In der Vorstandssitzung vom 16. September wurden bereits die Konzessionsvorschläge besprochen. Das erlaubte einzelnen Vorstandsmitgliedern, die von den geplanten Linien berührten Kantone sofort aufzusuchen, um sie für die Konzession zu gewinnen.

Am 21. September traf Bischoff in Luzern ein, wo er ein leichtes Spiel zu haben glaubte. Immerhin war er doch so abergläubisch, die Verhandlungen nicht an einem Freitag zu beginnen. Dies hinderte ihn aber nicht daran, dem Schultheiß «confidentiell» bereits mitzuteilen, wie günstig Bundesrat Furrer und Peyer von Schaffhausen die Konzessionsbedingungen beurteilt hatten. Doch «wo der Aar ist, sammeln sich die Raben» war die Mitteilung vom 24. September. Seine ersten Gegner nahm Bischoff leicht, denn Ingenieur Sulzberger, der gleichzeitig mit einem geheimnisvollen Ausländer auftauchte, hatte schon einmal in Luzern eine Konzession erhalten, ihre finanziellen Bedingungen aber nicht erfüllen können. Ernster zu nehmen schien er die «einfältigen Artikel im ‚Volksmann‘». Dieser Ausfall bleibt unverständlich, wenn man in jener Zeitung liest: «Die Millionäre von Basel geben mehr Garantie für die Ausfertigung der Bahn... es ist eine nationale Aufgabe, diesen Schweizern und nicht den hinter Sulzberger stehenden Ausländern die Konzession zu erteilen». Bischoffs Wut erklärt sich aber, sobald man weiß, daß Nationalrat Steiger in seiner Zeitung die Indiskretion beging, etwas vom Streit um die Trasse der Bahn an die Öffentlichkeit zu bringen, eine Sache, die Bischoff geheimhalten wollte. Ingenieur Etzel hatte nämlich der SCB empfohlen, via Sursee nach Luzern zu bauen, was eine Million billiger käme als via Wolhusen. Diese Frage wollte Bischoff noch offen lassen, «sonst könnten die Freunde der Basler Konzession in Verlegenheit geraten», und zudem würden alle Gemeinden an der ursprünglich vorgesehenen Linie auf den Plan gerufen. Diese reagierten denn auch sofort mit einem Petitionssturm, was die nun bevorzugten Ruswiler ihrerseits bewog, das Land für den Bahnbau gratis abzugeben und sogar Frondienste beim Bau anzubieten, alles, um die Bahn in ihre Gemeinde zu bringen. Am 8. Oktober meldete der ‚Volksmann‘ dann aber, Bischoff sei, «der kleinlichen Intrigen des Hinhaltens müde», abgereist. Das stimmte nicht, Bischoff hatte aber immerhin der Luzerner Regierung geschrieben, er bedaure, «daß nach drei Wochen stattgehabten Verhandlungen kein Ergebnis» erreicht worden sei, «während früher für andere Konzessionen zu weit ungünstigeren Bedingungen so viel Bereitwilligkeit» bestanden habe. Von Basel aus wurde er ermahnt, Luzern nicht ohne Konzession zu verlassen, sonst würden die Zürcher lachen. Bischoff und der Verwaltungsrat machten daraufhin den Luzernern weitere Zugeständnisse, die Garantiesumme usw. betreffend, so daß wenigstens der Vertrag ausgefertigt werden konnte.

Am 13. Oktober verreiste Bischoff schleunigst nach Bern, wo er von einem ehemaligen Gegner aus der Zeit des Vertrages mit Sardinien erwartet wurde. Der Genfer Regierungspräsident Fazy hatte ihm nämlich geschrieben, «nous comptons sur vous... peut-être pourrions-nous arrêter la base d'une entente» und verstand darunter ein Zusammengehen der Basler und Genfer, denen durch die von Lambelet und Escher geplante Eisenbahn Dijon–Neuenburg–Zürich die Umfahrung drohte. Da die von Fazy angeregte Einigung zustande kam, gab sich Bischoff der Hoffnung hin, der Centralbahn wesentliche Dienste geleistet zu haben.

Doch anfangs November pochte man in Basel wieder auf seine «bekannte Geschicklichkeit», denn sowohl der Solothurner als auch der Luzerner Große Rat hatten alle Pläne durchkreuzt, indem sie die Ratifikation der Verträge verschoben hatten. In Luzern war inzwischen ein weiterer Konkurrent aufgetaucht: Knörr, der Allgewaltige der Luzerner Dampfschiffahrtsgesellschaft. Für ihn wie für die SCB war Zofingen–Luzern lebenswichtig: Mit günstigen Tarifen wollte er die Leute über diese Strecke an den Luzernersee locken, andererseits war ohne dieses Stück das Netz der SCB geköpft. Knörr und Bischoff lieferten sich einen Kampf voll Intrigen. So ließ Knörr z. B. in der Druckerei einen Abzug des Bischoffschen Vertrages stehlen und unterbot am nächsten Tag in seiner Offerte sofort die Tarife der Basler. Bischoffs Stellung war um so schwerer, als aus Paris, wo das Geld zum Bahnbau beschafft werden sollte, alarmierende Nachrichten kamen. Trotz der Warnung, «mit Zugeständnissen nicht zu weit zu gehen», brach Bischoff seine Instruktionen, um nicht «den günstigen Moment des Geldmarktes zu versäumen». Dies ließ er der Luzerner Regierung durchblicken, verschwieg ihr aber, daß sich die Luzerner Konzession als die Voraussetzung entpuppt hatte, unter welcher die Pariser Finanzleute überhaupt erst auf Verhandlungen über die Strecke Basel–Olten eintreten wollten. Noch verfahrenener wurde die Situation, als die Luzerner eine Drohung Bischoffs, ihre Stadt könnte umfahren werden, nicht ernst nahmen und Mitte November ein günstiges Angebot Knörres vorweisen konnten, der im Gegensatz zur SCB dem Kanton für die Bahn auch Steuern zahlen wollte. Nun mußte Bischoff um Steigers ‚Volksmann‘ froh sein. Dieser bat um Vergessen der Lokalpolitik und erinnerte daran, wie verdient sich SCB-Leute um den Kanton Luzern gemacht hätten. Achilles Bischoff habe dem Entlebuch den Käseabsatz ermöglicht; der Solothurner Trog, der Aargauer Siegfried und der Basler Stehlin hätten in Bern dafür gestimmt, daß Luzern

eine Million Sonderbundsschulden nachgelassen worden seien. In der Sitzung vom 19. November endlich entschied der Große Rat zu Bischoffs Gunsten.

Wenn nun Bischoff glaubte, mit dieser Konzession sei der Weg für Verhandlungen mit Uri frei, dann hatte er sich getäuscht. In Paris hatten sich inzwischen bei den Finanzverhandlungen solche Schwierigkeiten aufgetürmt, daß sich am 12. Dezember der resignierende Satz findet: «Über den gegenwärtigen Umständen, wo wir nicht wissen, ob alles zusammenfällt, scheint es mir unnütz (dorthin zu reisen), denn als dann triumphiert Zürich, während wir gegenwärtig noch viel besser stehen». So ließ er die bereits angebahnten Verhandlungen mit Altdorf und Bellinzona vorderhand fallen, um vor der Öffentlichkeit die finanziellen Schwierigkeiten zu vertuschen. Wie hätte er im Tessin und in Uri sich dazu bereiterklären können, daß die SCB am Gotthard nicht nur die Strecken Flüelen–Wassen und Faido/Giornico–Locarno baue, sondern auch den Ausbau des dazwischenliegenden Straßenstückes übernehme! Von solchen Plänen finden sich nämlich Unterlagen im Basler Staatsarchiv, doch von einer Untertunnelung des Gotthards ist nirgends die Rede.

Noch mehr setzten ihm sicher die persönlichen Zwistigkeiten zwischen den leitenden Männern der Gesellschaft zu. Geigy spreche wegen der «eigenmächtigen Handlung des... Herrn Speiser» von Demission. Es gelang zwar, dies zu verhindern und die SCB, wie Bischoff aufatmend schrieb, «von einem totalen Schiffbruch zu retten», doch in der Vorstandssitzung vom 20. Dezember 1852 brach Bischoff zusammen. Er blieb gelähmt und mußte von nun an auf jede öffentliche Tätigkeit verzichten.

Die letzten Lebensjahre

Die schlimme Nachricht, die niemand recht glauben wollte, machte erst mit Verspätung die Runde durch die Zeitungen, denn offenbar hatte man gehofft, die Lähmung der Sprachorgane verschwinde bald wieder. Als dies nicht der Fall war, schrieb man alles «den in letzter Zeit überhäuften Sitzungen und der unermüdlichen Thätigkeit in Eisenbahnangelegenheiten» zu. Die nächsten Bekannten traf der Schlaganfall aber nicht so unvorbereitet, denn schon am 26. September hatte Bischoff aus Luzern «von ungewohntem Kopfweh und Erhitzung des Blutes» geschrieben. Es kam ihm deshalb gelegen, daß er nicht nach Altdorf reisen mußte, stattdessen

fuhr er auf die Rigi. Solche Ruhetage liebte er offenbar, wissen wir doch auch von den Lindauer Postverhandlungen, daß er mit der ganzen Gesellschaft an die Appenzeller Landsgemeinde gefahren war.

Eigentümlich bleibt hingegen, wie emsig Bischoff schon seit einiger Zeit bestrebt gewesen war, verschiedene Immobilien aus seinem Privatbesitz zu liquidieren. Bereits 1843 hatten er und andere Gläubiger den Freihof verkauft, einen Gasthof in Altstätten; die andern Objekte der sog. Wyler oder Zürcher Gesellschaft kamen viel später an die Reihe: Brauerei und Gut Hofburg in Wil folgten 1850, der schon lange eingeleitete Verkauf von Schloß Eppishausen im Thurgau aber erst 1853/54. Viel eigenartiger ist die Tatsache, daß Achilles Bischoff nicht einmal einen Monat vor seinem Schlaganfall für Fr. 115 000.– selbst das Haus Zur hohen Sonne an der Rittergasse in Basel verkaufte, in dem er seit 1842 wohnte. Es gehörte ursprünglich seiner Tante Sara, doch hatten dort schon Johann Jakob Bischoff der Ältere und Achilles Bischoffs Vater ihre Tuchhandlungen betrieben. Auch das «Klösterli» bei der Kirche in Riehen, wo unser Achilles nach seiner Rückkehr aus Italien offenbar zuerst gewohnt hatte, wurde veräußert. Der Kranke zog in das große Haus seines Schwiegersohnes Vischer, in den direkt über dem Rhein thronenden Rheinhaldenhof, führte aber dort seinen eigenen Haushalt weiter.

Von seinem Krankenbett aus verfolgte der «geistig ungebrochene Mann trotz aller körperlichen Schwäche und Schmerzen doch mit lebhaftem Interesse die Ereignisse des öffentlichen Lebens», nicht weniger interessiert sicher aber auch die schwankenden Kurse seiner Centralbahn-, Ohio-Indiana-, Chicago-Mississippi- und anderen amerikanischen Bahnaktien. Doch in den fünfzehn Jahren seines Leidens geriet Achilles Bischoff etwas in Vergessenheit. Als er am 29. April 1867 starb, da schrieb eine Zeitung aus dem Nekrolog der andern ab, welch rastlos tätiger, gemüthlicher und intelligenter Mann er gewesen sei. Bei seiner Erkrankung Anno 1852 war das Mitgefühl viel größer gewesen, das Bundeshaus soll sich sogar telegrafisch über das Befinden dieses «unentbehrlichen Mannes» unterrichten haben lassen. Die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ sprach damals von einem «Verlust für die Schweiz» und schloß den Abschnitt mit der Würdigung: «Lieber zwanzig parlamentarische Schwätzer verlieren als diesen einen Staatsmann».

Dr. Karl Frei